

Die für das Unternehmen Polsterei Marie Heidel geltenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen

Grundsätzlich gilt für unsere Tätigkeit:

Termine zur Besichtigung Ihrer Polstermöbel sind innerhalb der Stadt Leipzig grundsätzlich kostenfrei. Für eine Anfahrtstrecke ab 15 km von der Werkstatt entfernt wird eine vorher vereinbarte Anfahrtspauschale erhoben, die nach Erfüllung der Leistungen vom Gesamtbetrag abgezogen wird.

Ein schriftliches Angebot von unserer Seite ist ebenso kostenfrei. Sie erhalten von uns ein schriftliches Festpreisangebot. Der darin enthaltene Angebotspreis stellt den höchst möglichen Preis dar und beinhaltet die zur der Zeit des Vertragsabschlusses geltenden Mehrwertsteuersatzes. Werden einzelne Leistungen des schriftlichen Festpreisangebotes nicht erforderlich, verringert sich der Endpreis entsprechend. Alle Absprachen werden im verbindlichen Angebot festgehalten, welches durch den Auftraggebenden bestätigt wird. Alle nicht vorhersehbaren Mehrkosten, die spontan entstehen, werden mit dem Auftraggebenden individuell abgesprochen. Nach der Entscheidung zum Auftrag an uns, erhalten Sie eine schriftliche Auftragsbestätigung. Darin enthalten sind alle Absprachen, wie Stoffauswahl, Materialkosten und Festpreis inklusive Mehrwertsteuer.

1. Zusätzlich gelten Allgemeine Geschäftsbedingungen / Geltungsbereich

Abweichende Bedingungen des Auftraggebenden, die vom Auftragnehmenden nicht ausdrücklich schriftlich anerkannt werden, sind unverbindlich, auch wenn ihnen der Auftragnehmende nicht ausdrücklich widersprochen hat. Auch mündliche Nebenabreden bedürfen der schriftlichen Bestätigung.

Sämtlichen Angeboten, Verkäufen, Lieferungen und sonstigen Leistungen des Auftragnehmenden liegen die nachfolgenden Geschäftsbedingungen zugrunde. Abweichungen von diesen Bedingungen, insbesondere mündliche Nebenabreden, bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der schriftlichen Vereinbarung, soweit sie vor bzw. bei Vertragsschluss vereinbart wurden. Durch Auftragserteilung oder Annahme der Ware bzw. der vertraglichen Leistung seitens des Auftraggebenden gelten diese Geschäftsbedingungen als anerkannt. Sie gelten auch für alle künftigen Geschäftsbeziehungen, ohne dass es einer erneuten ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung bedarf.

2. Angebote und Vertragsschluss

Angebote sind bis zur Auftragsbestätigung unverbindlich und freibleibend.

Die zu dem Angebot gehörenden Unterlagen – wie Abbildungen, Zeichnungen, Maße und Gewichte und sonstige Leistungsdaten, insbesondere in Prospekten oder dem Auftraggebenden überlassenen Unterlagen – sind nur annähernd angegeben und sind nur verbindlich, wenn dies ausdrücklich schriftlich vereinbart wird.

3. Lieferungs- und Leistungszeit

Mit der Auftragsbestätigung wird unter Vorbehalt ein geschätzter Zeitraum für die Leistungserbringung angegeben. Liefertermine werden individuell mit dem Auftraggebenden vereinbart. Grundsätzlich sorgt der Auftraggebende selbst für den Transport der Möbel, sofern

nicht die Lieferung durch den Auftragnehmer kostenpflichtig beauftragt wurde. Liefer- und Leistungsverzögerungen aufgrund höherer Gewalt und aufgrund von unvorhersehbaren Ereignissen, die dem Auftragnehmer die Erbringung der vertraglichen Leistung wesentlich erschweren oder unmöglich machen (z.B. Betriebsstörungen oder andere unabwendbare Ereignisse), auch wenn sie bei Lieferanten oder deren Unterlieferanten eintreten, hat der Auftragnehmer auch bei verbindlich vereinbarten Fristen nicht zu vertreten. Sie berechtigen den Auftragnehmer die Lieferung bzw. die vertragliche Leistung unter Berücksichtigung der Dauer der Verzögerung zzgl. einer angemessenen Anlaufzeit zeitlich später zu erbringen. Über den Eintritt einer solchen Verzögerung wird der Auftraggeber unverzüglich unterrichtet. Dauert die Verzögerung unangemessen lange, so kann jeder Vertragsteil ohne Ersatzleistung vom Vertrag zurücktreten. Falls der Auftragnehmer die vereinbarte Leistungs- oder Lieferfrist aus anderen Gründen nicht einhalten kann, hat der Auftraggeber ihn schriftlich in Verzug zu setzen und eine Art und Umfang der Leistung angemessene Nachfrist zu gewähren, es sei denn, die Leistung ist kalendermäßig bestimmt.

Der Auftraggeber kann Schadenersatz wegen Verzuges nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit des Auftragnehmers, seines gesetzlichen Vertreters oder Erfüllungsgehilfen geltend machen. Bei der Lieferung von Gegenständen erfolgt der Versand ab Werkstatt bzw. Lager auf Rechnung und Gefahr des Auftraggebers.

4. Gefahrübergang

Bei der Lieferung von Waren erfolgt der Versand ab Werkstatt bzw. Lager auf Rechnung und Gefahr des Auftraggebers, d.h. spätestens mit Verlassen der Werkstatt bzw. des Lagers geht die Gefahr des zufälligen Untergangs oder der zufälligen Verschlechterung der Ware auf den Auftraggeber über. Dies gilt im übrigen auch unabhängig davon, ob die Versendung vom Erfüllungsort aus erfolgt und wer die Versandkosten trägt.

Ist die Ware versandbereit und verzögert sich die Versendung oder die Abnahme aus Gründen, die der Auftraggeber zu vertreten hat, so geht die Gefahr mit dem Zugang der Anzeige der Versandbereitschaft auf den Auftraggeber über. Lagerkosten gehen zu Lasten des Auftraggebers.

5. Anlieferung, Abnahme

Beim Anliefern wird vorausgesetzt, dass das Fahrzeug unmittelbar an das Gebäude heranfahren und entladen kann. Mehrkosten, die durch weitere Transportwege oder wegen erschwelter Anfuhr vom Fahrzeug zum Gebäude verursacht werden, sind gesondert zu berechnen. Treppen müssen passierbar sein. Wird die Ausführung der Arbeiten des Auftragnehmers oder der von ihm beauftragten Personen durch Umstände behindert, die der Auftraggeber zu vertreten hat, so werden die entsprechenden Kosten (z.B. Arbeitszeit und Fahrgeld) in Rechnung gestellt.

Die Abnahme der Lieferungen und Leistungen hat nach angezeigter Fertigstellung unverzüglich zu erfolgen. Dies gilt auch für in sich abgeschlossene Teillieferungen- oder Teilleistungen.

6. Gewährleistung

Ist die Lieferung oder Leistung mangelhaft, so kann der Auftragnehmer nacherfüllen. Schlägt die Nachbesserung nach angemessener Frist objektiv fehl, kann der Auftraggeber nach seiner Wahl Herabsetzung der Vergütung (Minderung) verlangen, vom Vertrag zurücktreten oder ggf.

Schadensersatz im Rahmen der vereinbarten Haftungsbeschränkung verlangen. Der Auftraggebende hat etwaige Mängel unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von fünf Werktagen nach Lieferung bzw. Durchführung der vertraglichen Leistung gegenüber dem Auftragnehmenden schriftlich mitzuteilen. Mängel, die auch bei sorgfältiger Prüfung innerhalb dieser Frist nicht entdeckt werden können, sind dem Auftragnehmenden unverzüglich nach Entdeckung schriftlich mitzuteilen.

Handelt es sich beim Auftraggebenden um einen Endverbraucher, der die Leistung ausschließlich zum privaten Eigenverbrauch entgegennimmt, kann dieser wahlweise statt der Nacherfüllung Neuherstellung/Ersatzlieferung verlangen. Dies gilt jedoch nicht, soweit aus der Sicht des Auftragnehmenden die Neuherstellung bzw. Ersatzlieferung gegenüber der Nacherfüllung unverhältnismäßig erscheint.

Die mangelhaften vertraglichen Lieferungen bzw. Leistungen sind von dem Auftraggebenden in dem Zustand, in dem sie sich im Zeitpunkt der Feststellung des Mangels befinden, zur Besichtigung durch den Auftragnehmenden bereit zu halten. Die Beseitigung des Mangels sowie jedwede sonstige Bearbeitung der vertraglichen Lieferungen bzw. Leistungen durch andere als den Auftragnehmenden sowie ein Verstoß gegen die vorstehenden Verpflichtungen schließt jeden Gewährleistungsanspruch gegenüber dem Auftragnehmer aus.

Die Gewährleistung von Reparaturarbeiten an Polstermöbeln, verjähren ohne Rücksicht auf die Person des Vertragspartners nach einem 1 Jahr.

Der Auftragnehmer übernimmt die Gewähr, dass seine Leistung zur Zeit der Abnahme die vertraglich vereinbarte Beschaffenheit hat, den anerkannten Regeln der Technik entspricht und sich für die nach dem Vertrag vorausgesetzte bzw. für die gewöhnliche Verwendung eignet und eine Beschaffenheit aufweist, die bei Werken der gleichen Art üblich ist und die der Auftraggebende nach der Art des Werkes erwarten kann.

7. Haftung

Der Auftragnehmer haftet grundsätzlich nicht für Fehler, die sich aus den vom Auftraggebenden eingereichten Unterlagen, wie insbesondere Zeichnungen und Muster oder dergleichen oder durch ungenaue Angaben ergeben. Schadensersatzansprüche aus Unmöglichkeit der Leistung, wegen Nichterfüllung, aus positiver Vertragsverletzung, aus Verschulden bei Vertragsschluss und aus unerlaubter Handlung sind gegen den Auftragnehmenden, seinen gesetzlichen Vertreter oder Erfüllungs- bzw. Verrichtungsgehilfen ausgeschlossen, soweit nicht vorsätzliches oder grob fahrlässiges Handeln vorliegt. Dies gilt nicht bei Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit des Auftraggebers, Ansprüchen wegen der Verletzung von Kardinalpflichten und Ersatz von Verzugsschäden (§ 286 BGB).

8. Eigentumsvorbehalt

Bis zur Erfüllung aller Forderungen, die dem Auftragnehmenden aus jedem Rechtsgrund gegen den Auftraggebenden jetzt oder künftig zustehen, behält sich der Auftragnehmer das Eigentum an den gelieferten Waren vor. Der Auftraggebende darf über die unter Eigentumsvorbehalt gelieferte Ware nicht verfügen, insbesondere diese nicht veräußern, nicht verschenken, nicht verpfänden oder nicht zur Sicherheit übereignen. Erfolgt die vertragliche Lieferung bzw. Leistung für einen vom Auftraggebenden unterhaltenen Geschäftsbetrieb, so dürfen die Waren im Rahmen einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung weiterveräußert werden. In diesem Fall werden die Forderungen des Auftraggebenden gegen den Erwerbenden

aus der Veräußerung bereits jetzt an den Auftragnehmenden abgetreten; übersteigt der Wert der für den Auftragnehmenden bestehenden Sicherheiten dessen Forderungen an den Auftraggebende insgesamt um mehr als 20 %, so ist der Auftragnehmende auf Verlangen des Auftraggebenden insoweit zur Freigabe der Sicherheiten nach seiner Wahl verpflichtet.

Der Auftraggebende ist verpflichtet, die Waren für die Dauer des Eigentumsvorbehalts gegen Feuer, Wasser, Diebstahl und Einbruch ausreichend zu versichern. Ggf. tritt er die Versicherungsansprüche in Höhe des Warenwertes bzw. in Höhe der noch offenen Forderungen an den Auftragnehmenden ab. Verarbeitung oder Umbildung der gelieferten Ware erfolgen stets für den Auftragnehmenden als Hersteller. Erlischt das (Mit-)Eigentum des Auftragnehmenden durch Verbindung, so wird bereits jetzt vereinbart, dass das (Mit-)Eigentum des Auftraggebenden an der einheitlichen Sache wertanteilmäßig (Rechnungswert) auf den Auftragnehmenden übergeht. Der Auftraggebende verwahrt das (Mit-)Eigentum des Auftragnehmenden unentgeltlich.

Bei Zugriff Dritter, insbesondere durch Gerichtsvollzieher, auf die Vorbehaltsware ist der Auftraggebende verpflichtet, auf das (Mit-) Eigentum des Auftragnehmenden hinzuweisen und diesen unverzüglich zu benachrichtigen. Bei vertragswidrigem Verhalten des Auftraggebenden, insbesondere bei Zahlungsverzug, ist der Auftragnehmende berechtigt, die Vorbehaltsware auf Kosten des Auftraggebenden zurückzunehmen oder ggf. Abtretung der Herausgabeansprüche des Auftraggebenden gegen Dritte zu verlangen. In der Zurücknahme sowie in der Pfändung der Vorbehaltsware durch den Auftragnehmenden liegt kein Rücktritt vom Vertrag.

Eigentums- und Urheberrechte an vom Auftragnehmenden erstellten Kostenvoranschlägen, Zeichnungen, Entwürfen und Berechnungen bleiben vorbehalten. Derartige Unterlagen dürfen ohne Zustimmung des Auftragnehmenden weder vervielfältigt noch Dritten zugänglich gemacht werden.

9. Preise und Zahlungsbedingungen

Die Kostenaufstellung im Angebo stellt die höchstmögliche zu zahlende Summe dar. Kostenvoranschläge sind grundsätzlich unverbindlich und dienen nur als geschätzte Kostenaufstellung. Alle Absprachen werden im verbindlichen Angebot festgehalten, welches durch den Auftraggebenden bestätigt wird. Alle nicht vorhersehbaren Mehrkosten, die spontan entstehen, werden mit dem Auftraggebenden individuell abgesprochen. Die Preise sind Endpreise, die die gesetzliche Mehrwertsteuer ausschließen einschließen. Die im Angebot ausgewiesenen Endbeträge sind nach bestem Wissen ermittelt und sind, falls nicht anderes ausdrücklich angegeben ist, als Circa-Werte zu verstehen. Sie gelten nur bei ungeteilter Bestellung zu angebotenen Leistungen und/oder Lieferungen und bei ununterbrochener Leistungsmöglichkeit des Auftragnehmenden. Bei Vereinbarungen, die Liefer- und Leistungsfristen von mehr als vier Monaten nach Vertragsabschluss enthalten, ist der Auftragnehmende berechtigt, in Verhandlungen über neue Preisvereinbarung einzutreten.

Wird außerhalb üblicher Arbeitszeit Leistung verlangt, bedingt dies zusätzliche Zahlung der Lohnzuschläge. Alle Leistungen, auch Teilleistungen, sind - sofern nichts anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart ist - sofort nach ihrer Abnahme bzw. Rechnungsstellung jeden Abzug zu zahlen.

10. Meinungsverschiedenheiten / Schiedsgutachtenabrede

Entstehen Unklarheiten oder Meinungsverschiedenheiten über tatsächliche Umstände, die für die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag wesentlich sein können, oder soll eine bestimmte Leistung geänderten wirtschaftlichen Verhältnissen angepasst werden, so soll ein Schiedsgutachten nach §§ 317 ff. BGB eingeholt werden. Beide Parteien konkretisieren vor der Beauftragung des Sachverständigen einvernehmlich den Streitgegenstand, zu dem der Sachverständige ein Schiedsgutachten erstellen soll, und geben ihm, falls erforderlich, Bewertungsmethoden und Entscheidungskriterien vor. Die in dem Schiedsgutachten getroffenen Feststellungen werden von den Parteien als verbindliche Grundlage zur Entscheidung des streitigen Sachverhaltes anerkannt. Als Schiedsgutachter soll ein Öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger für das Raumausstatter-Handwerk beauftragt werden, der von beiden Parteien einvernehmlich zu bestimmen ist. Kommt ein Einvernehmen innerhalb von zwei Wochen nicht zu Stande, so wird der Sachverständige auf Antrag einer Partei von der Handwerkskammer für Leipzig und Sachsen verbindlich für beide Parteien bestimmt. Sollte sich bei der Prüfung herausstellen, daß unberechtigte Beanstandungen vorgebracht wurden, hat der Auftraggebende die verursachten Kosten zu tragen.

11. Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen in diesen Geschäftsbedingungen ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, so bleibt hiervon die Wirksamkeit aller sonstigen Bestimmungen unberührt. Anstelle der unwirksamen Bestimmungen gilt eine dem Zweck der Vereinbarung entsprechende Ersatzbestimmung, die die Parteien getroffen hätten, wenn sie der Unwirksamkeit der Bestimmungen kundig gewesen wären.

12. Erfüllungsort, Gerichtsstand

Erfüllungsort ist der Sitz des Auftraggebenden. Sind beide Vertragsparteien Vollkaufleute, wird der Sitz des Auftragnehmenden als Gerichtsstand vereinbart.